

## **Informationsfreiheit – Tonaufzeichnung einer Gemeinderatssitzung: Landesverwaltungsgericht Oberösterreich weist Informationsbegehren ab**

Das Gemeinderatsmitglied einer Gemeinde beehrte gestützt auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) die Übermittlung der Tonaufzeichnung einer Gemeinderatssitzung (an der das Mitglied selbst teilgenommen hatte). Die Sitzung war auf Tonband aufgezeichnet und darüber ein Protokoll erstellt worden. Das Mitglied konnte sich später die Tonaufnahme der Sitzung in den Räumlichkeiten der Gemeinde anhören. Die Aufnahme wurde nach Genehmigung des Protokolls gelöscht. Der Gemeinderat als zuständiges Organ wies in der Folge das Informationsbegehren ab.

Gegen diesen Bescheid erhob das Gemeinderatsmitglied Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht und brachte in der Hauptsache vor, dass Gemeinderatssitzungen öffentlich und Ton- und Bildaufzeichnungen sowie Übertragungen im Internet zulässig seien; die behauptete Erforderlichkeit der Löschung sei nicht gegeben. Beantragt werde außerdem die Feststellung, dass ein Begehren um Ausfolgung von Dateien über Aufzeichnungen von Gemeinderatssitzungen künftig nicht mehr verweigert werden dürfe und Dateien für die Öffentlichkeit zugänglich archivierbar gehalten werden müssten. Weiters wurde ein Kostenersatz beantragt.

Das Landesverwaltungsgericht kam auf Basis der Verfahrensunterlagen zum Ergebnis, dass der Beschwerde keine Folge zu geben war.

Voraussetzung für den Zugang zu einer Information ist, dass diese vorhanden und verfügbar ist. Relevanter Beurteilungszeitpunkt dafür ist vorliegendenfalls der Zeitpunkt der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung. Begehrt wurde die Information explizit in Form einer Audio-Datei, also die Aufzeichnung der Gemeinderatssitzung. Diese Aufzeichnung wurde – wie vom Gericht festgestellt wurde – bereits gelöscht. Aus welchem Grund eine Information nicht (mehr) vorhanden ist, ist für die Frage des Zugangs zur Information unerheblich. Damit erübrigt sich auch die Auseinandersetzung mit

weiteren Fragen im vorliegenden Zusammenhang. Die Nichtgewährung der Information durch den Gemeinderat erfolgte daher zu Recht.

Weiters waren die in die Zukunft gerichteten Anträge des Gemeinderatsmitglieds auf Feststellung, dass Begehren um Ausfolgung von Dateien über Aufzeichnungen von Gemeinderatssitzungen künftig nicht mehr verweigert werden dürfen und Dateien für die Öffentlichkeit zugänglich archivierbar gehalten werden müssten, als unzulässig zurückzuweisen. Ein Rechtsschutzinteresse besteht bei einer Bescheidbeschwerde an der Beseitigung des den Beschwerdeführer belastenden Bescheids. Darüberhinaus ist es nicht Aufgabe der Verwaltungsgerichte, abstrakte oder theoretische Rechtsfragen, denen keine Relevanz mehr zukommen kann, zu beantworten.

Der Antrag auf Ersatz von Aufwendungen war ebenfalls als unzulässig zu beurteilen, da in Verfahren über Beschwerden gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde wegen Rechtswidrigkeit ein Ersatz der Aufwendungen nicht vorgesehen ist.

Der genaue Wortlaut der Entscheidung kann im Internet unter der Geschäftszahl ([LVwG-250255](#)) abgerufen werden.

Mag. Markus Kitzberger  
Vizepräsident

**Rückfragenhinweis:**

**Medienstelle**

Mag. Stefan Herdega

+43 664 60072 – 89933

[medienstelle@lvwg-ooe.gv.at](mailto:medienstelle@lvwg-ooe.gv.at)

**Hinweise:**

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter: [www.lvwg-ooe.gv.at/DasGericht\\_Amtssignatur](http://www.lvwg-ooe.gv.at/DasGericht_Amtssignatur). Informationen zum Datenschutz finden sie unter: [www.lvwg-ooe.gv.at/Service\\_Datenschutzmitteilung](http://www.lvwg-ooe.gv.at/Service_Datenschutzmitteilung).